

N

NACHRICHTEN

Zur Sache

Diktatur der Minderheit

Andrea Masüger
über das Theater
ums Gratistesten



Was in Italien oder in Frankreich mit einem Federstrich erledigt wird, löst in der Schweiz wochenlange Diskussionen, Vernehmlassungen und Streitereien aus. Doch für einmal ist sich das Volk einig: In einer Tamedia-Umfrage bei fast 13 000 Leuten haben sich 63 Prozent dafür ausgesprochen, dass Ungeimpfte künftig Coronatests bezahlen müssen, um ein Zertifikat zu erhalten. Und sogar 67 Prozent sprechen sich für die vom Bundesrat verordnete Zertifikatspflicht aus.

Dennoch vollführt die Politik derzeit einen wahren Affentanz um die Testerei. Der Bundesrat möchte möglichst schnell Schluss machen mit den teuren Gratistests, die täglich in die Millionen gehen. Schliesslich kann man sich ja impfen lassen. Das Parlament hingegen will mehrheitlich die kostenlose Möglichkeit aufrechterhalten, wobei sich geradezu groteske Parteien-Konstellationen ergeben haben. Selbst die Grünen und die SP sind nun plötzlich für die Gratiskultur, nur die FDP hält noch die Stellung der Vernünftigen. Und geradezu peinlich ist das Hin und Her im Bundeshaus für die Zertifikatspflicht im National- und im Ständerat.

Es gibt immer weniger Gründe, weshalb Impfwillige nichts für Tests bezahlen sollten. In wenigen Tagen kann man sich in der Schweiz auch mit dem Vakzin von Johnson & Johnson impfen lassen, welches auf der Technologie altbewährter Impfstoffe aufbaut. Das Argument, die mRNA-Spritzen von Pfizer/Biontech und Moderna seien unerprobt, taugt für Impfverweigerer also nicht mehr. Der Bundesrat sollte also diesen Impfstoff bald für alle freigeben und nicht nur für Leute, welche aus medizinischen Gründen Pfizer und Moderna nicht vertragen. Und weltweit sind Abermillionen geimpft – von unerwünschten Nebenwirkungen hört man praktisch nichts.

Doch die Politik beugt sich einer kleinen Minderheit, die sich jedes Wochenende mit Glockengeläut, Sitzaktionen, aggressiven Demos und Social-Media-Terror in Szene setzt. Hat da jemand Angst vor den nächsten Wahlen? Und: Die angebliche Diktatur der Mächtigen von Bern ist längst zu einer Diktatur der Minderheit geworden.

Verlängerung der Reduktionsziele

Der Nationalrat hat im Sinne einer Übergangslösung eine Verlängerung der CO₂-Reduktionsziele bis Ende 2024 beschlossen. Nach dem Nein des Stimmbvolks zum neuen CO₂-Gesetz im vergangenen Juni laufen diese Ende 2021 aus. Ab 2022 hätte die Schweiz somit kein gesetzliches Verminderungsziel für Treibhausgasemissionen mehr. Der Nationalrat nahm das Bundesgesetz über die Reduktion von CO₂-Emissionen am Mittwoch mit 143:53 Stimmen an. Einzig die SVP stimmte geschlossen dagegen, weil ihr Antrag auf einen tieferen Kompensationsaufschlag auf Treibstoffe nicht angenommen worden war. Der Nationalrat wies sämtliche Begehren ab, die eine Verschärfung oder eine Entschärfung der Vorlage verlangten. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. (sda)



Der neue Bundesanwalt: Stefan Blättler wendet sich nach seiner Wahl an die Medien.

Bild Peter Klauzner / Keystone

Sechs Jahre Zeit, um sein Amt zu reformieren

Der neue Bundesanwalt für den Rest der Amtsperiode 2020-2023 heisst Stefan Blättler. Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Juristen glanzvoll mit 206 von 208 gültigen Stimmen gewählt.

von Sebastian Gänger

Die Wahl des 62-jährigen Berner Polizeikommandanten Stefan Blättler zum Nachfolger von Michael Lauber galt als sicher. Das Parlament folgte mit seinem Entscheid am Mittwochmorgen dem Vorschlag seiner Gerichtskommission; diese hatte den parteilosen Juristen auf einem Einerticket zur Wahl empfohlen. Alle Fraktionen unterstützten die Kandidatur.

Herausfordernde Aufgaben

Blättler habe langjährige Erfahrung in der Strafverfolgung und verfüge über umfassende Führungskompetenzen, hatte Ständerat Andrea Caroni (FDP, Appenzell Ausserrhoden), Präsident der Gerichtskommission, im August nach Bekanntgabe der Einerkandidatur gesagt. Blättler sei die richtige Person, um Ruhe in die Bundesanwaltschaft zu bringen.

Auf Blättler als obersten Strafverfolger des Bundes kommen herausfordernde Aufgaben zu. Er wird Reformen rund um die Bundesanwaltschaft und ihre Aufsicht umsetzen müssen, die das Parlament bereits eingeleitet hat. Für diese Aufgabe hat er maximal sechs Jahre Zeit. Dann, nach Ablauf des 68. Lebensjahrs, muss er in Pension gehen.

In dieser Zeit lasse sich einiges bewirken, sagte Blättler im Vorfeld der Wahl. Er wolle die Veränderungen dort angehen, «wo sie nötig sind». Er sei sich bewusst, dass das eine schwierige Aufgabe sei. Mit seiner Erfahrung im Strafrecht und mit seiner Führungserfahrung könne er in der Bundesanwaltschaft jedoch «entscheidende Akzente setzen».

Seit 2006 Polizeikommandant

Der 62-Jährige leitet seit 2006 als Kommandant die Berner Kantonspolizei. Er machte sich in Bern und in der ganzen Schweiz einen

Namen als zugänglicher, aber konsequenter Kommandant mit Weitblick und grosser Sachkenntnis.

Blättler wuchs als Sohn des damaligen Nidwaldner Polizeikommandanten im Kanton Nidwalden auf und ist promovierter Jurist.

Schlussstrich zum Fall Lauber

Mit der Wahl endet ein langes Hin und Her um die Nachfolge von Michael Lauber. Dieser schied vor mehr als einem Jahr aus dem Amt aus. Die Leitung der Bundesanwaltschaft

teilen sich seither die zwei stellvertretenden Bundesanwälte Ruedi Montanari und Jacques Rayroud. Lauber hatte im August 2020 nach monatelanger Kritik an seiner Amtsführung und mutmasslichen Ungereimtheiten im Verfahrenskomplex rund um den Weltfussballverband Fifa seinen Rücktritt angeboten und daraufhin seine Kündigung eingereicht.

Die Suche nach einer geeigneten Kandidatur war in der Folge langwierig: Drei Mal schrieb die parlamentarische Gerichtskommission machen in diesem Prozess die Runde. Um die Zahl der potenziellen Kandidierenden zu erhöhen, wurde die Alterslimite für die Stelle der Bundesanwältin beziehungsweise des Bundesanwalts von 65 auf 68 Jahre angehoben.

Mit Blättler habe die Kommission schliesslich den «Joker» ziehen können, sagte Caroni. Nun kann sich der Neugewählte an die Arbeit machen.

Blättler machte sich in Bern und in der ganzen Schweiz einen Namen als zugänglicher, aber konsequenter Polizeichef.

Bund unzufrieden mit Impftempo

von Annegret Mathari

Obwohl die Impfungen gegen das Coronavirus in den vergangenen Wochen zugenommen haben, ist das Tempo nach Angaben des Bundes immer noch zu niedrig. Im Vergleich zum Ausland hinke die Schweiz hinterher: 58 Prozent der Bevölkerung seien vollständig geimpft, sagte Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle im Bundesamt für Gesundheit (BAG), am Mittwoch vor den Medien in Bern. Neu werden auch die Personen als vollständig geimpft

beurteilt, die von Covid genesen sind und eine Impfdosis erhalten haben. Die Zahlen des Bundes wurden entsprechend angepasst. Nach dieser Rechnung sind laut Masserey 66 Prozent aller über 12-Jährigen komplett geimpft. «Das ist immer noch zu wenig, um eine genügende Immunisierung bis im Winter zu erreichen», sagte sie. Die aktuelle ruhige epidemiologische Lage sei der ideale Zeitpunkt, sich impfen zu lassen.

Die Belegung der Spitäler geht laut dem Bund zwar allmählich zurück. Doch es könne rasch wie-

der kritisch werden. Masserey erinnerte daran, dass zurzeit vor allem ungeimpfte junge Personen in den Spitälern liegen.

Dritter Impfstoff für alle

Um das Impfprogramm voranzutreiben, kauft die Schweiz 150 000 Dosen des Wirkstoffs von Johnson & Johnson. Das Vakzin – der dritte in der Schweiz zugelassene Impfstoff – soll diese Woche geliefert und nächste Woche an die Kantone verteilt werden, wie Gesundheitsminister Alain Berset auf Twitter mitteilte. Der vektorbasier-

te Impfstoff ist in der Schweiz primär für Personen gedacht, die aus medizinischen Gründen nicht mit einem der mRNA-Impfstoffe von Pfizer/Biontech oder Moderna geimpft werden können. Er steht laut dem Bund aber auch anderen Impfwilligen zur Verfügung.

Es sei für alle Personen ab 18 Jahren grundsätzlich möglich, einen Johnson-&Johnson-Impfstoff zu erhalten, sagte Masserey. Nur rund hundert Impfdosen würden für Personen zurückgestellt, die allergisch gegen mRNA-Impfstoffe seien.